



Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. November 2023, 9:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Antrag 1.60 (Seite 170): HHSM_GR36 – Keine Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren (CDU)
Vorlage: DHH/2023/3206

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (25 JA, 18 Nein)

Der Vorsitzende: Ich rufe dazu auf den Antrag der CDU, über den ich dann noch abstimmen lasse, nämlich keine Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren hier vorzunehmen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Wir haben es heute schon öfters gehört in diesem Hause, es gibt tatsächlich noch Bürgerinnen und Bürger, die auf das Auto angewiesen sind. Und wenn ich das sage, dann sind es nicht nur Unternehmer, lieber Lüppo Cramer, dann sind es auch Pflegerinnen und Pfleger, Krankenschwestern und Krankenpfleger, die manchmal in die Bereitschaft fahren müssen oder die ganz einfach aus dieser Stadt auspendeln müssen und das 365 Tage im Jahr. Und diese Menschen sind auf das Auto angewiesen, und die wohnen halt auch in unseren Innenstädten. Das muss uns bewusst sein. Ich bin mir sicher, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass kein einziger Unternehmer in dieser Stadt diesen Parkausweis jemals absetzen kann und wird, weil es wäre ein Betrug am Finanzamt. Soviel zu den Vorbemerkungen, die vorhin hier in diesem Hause gefallen sind.

Was wir heute vorhaben und was die Verwaltung uns vorschlägt, ist eine Erhöhung um 100 Prozent. Sie müssen sich vorstellen, dass das für einen Privathaushalt nahezu 600 Euro Bruttoverdienst ist im Jahr, das erwirtschaftet werden muss in einer Zeit, wo, und das wissen wir alle, jeder Cent dreimal teilweise rumgedreht werden muss, wo eine unheimliche Belastung durch Inflation, Teuerungszuschläge und so weiter auf jeden Haushalt in dieser Stadt zukommt. Wer diesen Antrag stellt, meine Damen und Herren, der hat die Realität verloren, der hat verloren den Blick darauf, dass es noch Menschen gibt, wie ich gesagt

habe am Anfang, die auf das Kfz angewiesen sind. Es ist eine Vorlage der Verwaltung, die ein falsches Zeichen nach außen setzt und vor allem kommt er zur falschen Zeit. Deshalb eine klare Ablehnung dieses Antrags der Verwaltung von Seiten der CDU-Fraktion. Ich bitte das Haus, sich mit uns anzuschließen.

Und vor allem, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Sie haben gesehen, wir haben auch Gegenfinanzierungsvorschläge eingearbeitet, weil wir uns der Verantwortung in diesem Haushalt sehr bewusst sind. Aber so kann man mit Bürgerinnen und Bürgern nicht umspringen, wie es in diesem Antrag von Ihrer Seite her gefordert wird.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Vor längerer Zeit, als dieses Bewohnerparken mit eigentlicher Gebühr eingeführt wurde, wurde festgelegt, dass es in Schritten eingeführt werden soll, erstmal nur die Hälfte und im zweiten Schritt dann der endgültige Betrag. Und der Betrag, um den es heute geht, ist kein politisch gegriffener Wert, sondern die Stadtverwaltung hat ausgerechnet, was kostet uns ein solcher Parkplatz. Und genau das soll auch von den Leuten, die ihn nutzen, dann bezahlt werden. Insofern ist es folgerichtig, dass wir jetzt diesen zweiten Schritt machen, damit nicht in einem Schritt gleich so viel bezahlt werden musste damals. Das Einzige, was uns an dieser Erhöhung stört, ist, dass es insofern ungerecht ist, dass nur in manchen Teilen der Stadt dieses Bewohnerparken bisher eingeführt wurde. Es müsste eigentlich auf einer größeren Fläche eingeführt werden. Dann wäre das wesentlich gerechter. Dadurch würden auch viele Verdrängungseffekte nicht stattfinden. Deshalb haben wir schon vor längerer Zeit darauf gedrungen, dass es ausgeweitet wird auf mehr Straßen. Da ist die Verwaltung ein bisschen auch dran. Den genauen Stand kennen wir nicht, aber wir warten händeringend darauf, dass es auch auf größere Fläche ausgeweitet wird. Und dann hätten die, die dringend auf ein Auto angewiesen sind, eher die Chance, einen Parkplatz zu finden, weil so eine Gebühr dann auch dazu führt, dass manche Leute sich überlegen, brauche ich denn wirklich das Auto. Bei vielen ist das eben nicht der Fall.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir haben die Bewohnerparkausweise auf 180 Euro festgesetzt. Das war damals die Freiheit. Im Moment sind noch ein bisschen juristische Turbulenzen, sage ich jetzt mal, durch das Urteil in Freiburg, bis die Rechtsgrundlage in Baden-Württemberg wieder stabil ist, um dies auch durchzuführen. Wir halten die Bewohnerparkgebühren in der Höhe im Moment für richtig. Wir haben auch klar gesagt, irgendwann kommt man noch eine weitere Stufe, aber im Moment liegen wir deutlich im Mittelfeld und sehen für diesen Doppelhaushalt noch nicht die Erhöhung.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir in der FDP haben immer gesagt, dass wir eine lebendige Innenstadt haben wollen. Wir wollen eine Innenstadt, wo man leben, arbeiten, einkaufen kann. Die Hauptstadt in Kopenhagen, in meinem Heimatland, hat entschieden, dass man lange Zeit zu restriktiv das Bewohnerparken und die Bewohner mit Automobilen gestraft hat. Deshalb hat man jetzt mehrere Parkplätze in Kopenhagen für Bewohner eingerichtet. Da ist ein Problem, wenn man das erhöht, so wie hier vorgeschlagen. Wir wollen eine Innenstadt für alle Menschen, auch die, die nicht wohlhabend sind. Es ist klar, für wohlhabende Menschen spielt es nicht so eine große Rolle, wie hoch diese Gebühr ist, aber für eine Durchschnittsfamilie ist es wirklich wichtig. Wir wollen eine lebendige Innenstadt und wir wollen nicht sagen, nur wenn wir kein Auto haben, Herr Honné, kann man in die Innenstadt wohnen. Dieser Idee können wir überhaupt nicht folgen. Wir wollen nicht eine Innenstadt nur für wohlhabende Menschen. Wir wollen eine Innenstadt für alle. Und Automobil ist eine Realität. Und nur in absurden Ideologien kann man Autos abschaffen.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE.): Bei der Mobilitätspolitik stelle ich irgendwie zwei Parallelgesellschaften fest, da werden einfach Fakten komplett verzerrt. Es geht um Bewohnerparkausweise und nicht um die Abschaffung der Parkplätze. Damit fängt es an. Es geht um 360 Euro. Herr Kollege Ehlgötz, in den letzten Jahren habe ich Sie jetzt nicht vernommen gehabt, als wir die ÖPNV-Preise angepasst haben, dass Sie dann ganz groß gesagt haben, die Pflegerin kann sich das ÖPNV-Ticket nicht mehr leisten. Da haben wir teilweise über das Doppelte gesprochen. Dann reden wir davon, dass es um einen speziellen Ausweis geht, wo man auch entscheiden kann, einen zu haben oder woanders zu parken oder in den verfügbaren Parkflächen, Parkhäusern reinzugehen. Also es werden so ganz viele Fakten so hin verdreht, dass es jetzt um eine soziale Ausgrenze geht von Autofahrern. Darüber sprechen wir in keinsten Weise. Wir haben übrigens das letzte Mal auch eine Ermäßigung für einkommensschwache Bürger*innen eingeführt. Also dieser Spin, den Sie da immer wieder drehen in der Debatte, der wird dem Thema überhaupt nicht gerechnet. Das ist einfach tatsächlich an der Grenze der Fake News teilweise.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Mal wieder ein schönes Thema, wo jeder seine Sichtweisen sieht. Ich sehe meine Sichtweise als Durlacher erstmal.

Meine Tochter hat einen Parkausweis in der Durlacher Altstadt. Im Laufe der letzten Jahre sind dort Parkflächen weggekommen. Für die Gastronomie haben wir zugestimmt, für Fahrradplätze haben wir zugestimmt, für sonstige Sachen haben wir zugestimmt. Wir haben mit der Faust in der Hand zugestimmt, dass die Anwohnerparkausweise jetzt diesen Preis haben, den sie jetzt haben. Es ist für eine Studentin schon ein bisschen arg und für andere auch. Ich höre es immer wieder. Wir haben eine Situation, es gibt, wie meine Vorredner, die meisten jedenfalls gesagt haben, Menschen, die auf das Auto angewiesen sind. Und es sind nicht immer nur Unternehmer, es sind Studenten, es sind Rentner, und heutzutage ein Rentner zu sein, ist finanziell, das kann ich von meiner Mutter sagen, grenzwertig. Da sind wir bereit, anderen Leuten viel..., sagen wir es lieber nicht. Wir werden das ablehnen, die Erhöhung, dem Antrag der CDU zustimmen, und wir wollen nicht nur eine lebendige Innenstadt, wir sollen die Möglichkeit haben, da zu parken. Mit diesem Anwohnerparkausweis hat man nicht das Anrecht, sondern vielleicht die Chance, irgendwo zu parken. Wir finden es im Augenblick recht und kann nur den Herrn Zeh unterstützen, zum jetzigen Zeitpunkt. Und wenn die Zeiten vielleicht etwas anders werden, sollten wir wieder darüber reden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben in der Vergangenheit auch immer dagegen argumentiert, die Bewohnerparkausweise noch teurer zu machen. Deswegen schließen wir uns voll dem an, was der Herr Ehlgötz gesagt hat, auch dem, was der Herr Wenzel gesagt hat. Wobei, Herr Wenzel, machen Sie es wie wir, stimmen Sie nicht zu, sondern dagegen, wenn Sie schon die Faust in der Tasche haben. Das als Tipp für Sie, weil Sie sehen ja, was es bringt, immer nur zuzustimmen, obwohl man eigentlich dagegen ist.

Ich möchte noch einmal aufgreifen, Sie haben als Anwohner keine Garantie, obwohl Sie hier einen Haufen Geld bezahlen. In Karlsruhe sind je nachdem, wo diese Anwohnerparkausweise sind, 1,5 bis 2,5 mal so viele Autos mit diesen Parkausweisen ausgestattet, wie es Parkplätze gibt, also 1,5 bis 2,5 mal so viele, und dafür soll man jetzt noch mehr Geld bezahlen, da sind wir definitiv dagegen. Und was der Kollege von den LINKEN eben zum Besten gegeben hat, das war Fake News par excellence, weil er hat völlig unterschlagen, dass

wir den ÖPNV hier schon maximal subventionieren. Aus Bundes-, Landes- und städtischen Mitteln wird der ÖPNV die ganze Zeit maximal subventioniert, während Kfz-Halter die ganze Zeit schon Kfz-Steuer zahlen, um die Straßen in Schuss zu halten, damit sie eine Stelle haben, wo sie parken können. Und wir als Stadt verlangen nochmal von denen Geld. Das Argument sticht überhaupt nicht.

Abschließend möchte ich mich bedanken bei der SPD. Wir hier auf der rechten Seite des Hauses nehmen es mit Wohlwollen zur Kenntnis, dass Sie sich nicht an die Vereinbarung des Oberbürgermeisters mit den GRÜNEN gebunden fühlen und machen Sie weiter so.

Der Vorsitzende: Ich verkneife mir jetzt zu den ganzen Argumenten etwas zu sagen. Wir steigen jetzt in die Abstimmung ein. Zur Abstimmung steht der CDU-Antrag, nicht der Vorschlag der Verwaltung. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der CDU-Antrag **angenommen**.

Wir müssen uns dann doch langsam über die Gegenfinanzierung Gedanken machen. Aber das machen wir zu gegebener Zeit.